

Dem Planungsbüro Bennemann zur Vervielfältigung  
unter den am 25.10.1973 anerkannten Bedingungen freigegeben durch das Katasteramt Osnabrück. Zu diesem Plan gehört als Bestandteil ein Grundstücksverzeichnis vom  
Gesch. B.V./Nr. 731/73

Ausgefertigt Osnabrück, den 25.10. 1973  
Katasteramt  
Im Auftrage:

# BEBAUUNGSPLAN NR.124 "ÖSTLICH DER ALBERT-SCHWEITZER-STRASSE" DER STADT GEORGSMARIENHÜTTE, LANDKREIS OSNABRÜCK

## Textliche Festsetzungen

Aufgrund der §§ 6 u. 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit den §§ 2, 9 u. 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG), der Baunutzungsverordnung (BAUNVO) in der Fassung vom 26.11.1968 und der Planzeichenverordnung hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte am 23.7.1975 die aus nebenstehenden zeichnerischen und folgenden textlichen Festsetzungen bestehende Satzung beschlossen:

- Art und Maß der baulichen Nutzung wird im nebenstehenden Plan festgelegt.
- Befreiungen regeln sich nach § 31 (2) BBauG.
- Kennzeichnung und nachrichtliche Übernahmen  
Gemäß § 9 (6) BBauG wird nachrichtlich darauf hingewiesen, daß Maßnahmen zur Verwirklichung des Planes einschließlich der Kosten der Durchführung in der Begründung vom 23.7.1975 dargelegt sind.
- Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Satzung wird gem. § 6 (2) NGO in Verbindung mit den §§ 35 - 37 des Niedersächs. Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu DM 500,- bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 156 BBauG bleibt hiervon unberührt.
- Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.

Allgemeines Wohngebiet	WA	oberirdische Versorgungsanlage (Hilf-Leitung)
Zahl der Vollgeschosse, eingeschossig	I	Stellung d. baulichen Anlagen
Zahl der Vollgeschosse, eingeschossig	GRZ	Grünfläche
Grundfläche einschl. Anschließungsfläche	GFZ	Bolzplatz
Geschossflächenzahl	GFZ	Spielfeld
Grundbauweise	O	Mit Leitungsrecht zu belastende Fläche
Grenzlinie		Grenze des räumlichen Geltungsbereichs
Verkehrsfläche		Grenze des räumlichen Geltungsbereichs

Für die Bearbeitung des Planentwurfs:  
Prof. Dr. Architektur + Städtebau  
Dipl.-Ing. Bennemann, Osnabrück  
Osnabrück, den 26. Februar 1974

Die Stadt hat am 23.7.1975 die Aufstellung dieses Bebauungsplanes beschlossen.  
Georgsmarienhütte, den 23.7.1975  
Bürgermeister

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes ist Begründung hat auf Dauer eines Monats vom 27.8.1975 bis 28.9.1975 ausschließlich öffentlich ausliegen. Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung sind am 18.8.1975 ersichtlich bekannt gemacht worden.

Georgsmarienhütte, den 23.7.1975  
Der Stadtdirektor

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes ist nach § 11 BBauG mit Verfügung vom 27.8.1975 genehmigt worden.

Georgsmarienhütte, den 27.8.1975  
Der Stadtdirektor

Die Genehmigung dieses Bebauungsplanes sowie Ort und Zeit seiner öffentlichen Auslegung nach § 12 BBauG sind am 31.8.1975 im Amtsblatt f.d. Landkreis Osnabrück bekannt gemacht worden.

Georgsmarienhütte, den 04.12.1975  
Der Stadtdirektor

Der Regierungspräsident (im Auftrage)  
BEBAUUNGSPLAN NR.124 "ÖSTLICH DER ALBERT-SCHWEITZER-STRASSE"  
DER STADT GEORGSMARIENHÜTTE, LANDKREIS OSNABRÜCK

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 25.10.1973). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.  
Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksgrenzen in die Öffentlichkeit ist einwandfrei möglich.

Osnabrück, den 27. August 1975  
KATASTERAMT  
Im Auftrage:



Jahy



# **Textliche Festsetzungen zum Bebauungsplan Nr. 124 Östlich der Albert-Schweitzer Straße**

Augrund der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit den §§ 2, 9 und 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG), der Baunutzungsverordnung (BAUNVO) in der Fassung vom 26.11.1968 und der Planzeichenverordnung hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte am 25.06.1975 die nebenstehenden zeichnerischen und folgenden textlichen Festsetzungen bestehende Satzung beschlossen:

**§ 1 Art und Maß der baulichen Nutzung wird im nebenstehenden Plan festgesetzt.**

**§ 2 Befreiungen regeln sich nach § 31 (2) BBauG.**

**§ 3 Kennzeichnung und nachrichtliche Übernahmen**

Gemäß § 9 (6) BBauG wird nachrichtlich darauf hingewiesen, daß Maßnahmen zur Verwirklichung des Planes einschließlich der Kosten der Durchführung in der Begründung vom 23.07.1975 dargelegt sind.

**§ 4** Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Satzung wird gem. § 6 (2) NGO in Verbindung mit den §§ 35 – 37 des Niedersächs. Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu DM 500,00 bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 156 BBauG bleibt hiervon unberührt.

**§ 5 Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.**